

Niederschrift

aufgenommen am 18. Oktober 2007 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes anlässlich der 28. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung in der laufenden Funktionsperiode.

Aufgrund der Einladung vom 11. Oktober 2007 nehmen an der auf heute, 20.00 Uhr, einberufenen Sitzung teil: Bgm. Burkhard Wachter als Vorsitzender, Vbgm. Michael Zimmermann, DI Alois Kegele, Ulrike Bitschnau, Alois Neher, Luzia Klinger, Wolfgang Fussenegger, Günter Fritz, Mag. Beatrice Pfeifer, Florentin Salzgeber, Manfred Schapler, Rupert Platzer, Helmut Moosbrugger, Florian Küng, Ernst Stejskal, Josef Maier, Norbert Sartori, Peter Schapler, Gerhard Flatz und Klaus Bitschnau sowie die Ersatzleute Virginia Sudec, Gerhard Stampfer und Hubert Schreiber.

Entschuldigt: Mag. Klaus Neyer, Mag. Eva-Maria Hochhauser, Franz Egele und Ing. Thomas Maier

Schriftführerin: GBed. Eveline Breuß

Der Vorsitzende eröffnet pünktlich um 20.00 Uhr die 28. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen, die Schriftführerin sowie die Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die vorliegende Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung vom 20. September 2007
2. Maßnahmenkonzept für die Standeswaldungen: Übernahme eines Mitfinanzierungsbeitrages für das Jahr 2007
3. Stellungnahme zum Antrag einiger Anrainer der Dorfstraße um Erlass einer Tempobeschränkung
4. Verbauungsprojekt 2006 – Rellsbach: Übernahme eines Interessentenbeitrages in Höhe von 13 %
5. Gedeckte Brücke: Festlegung der weiteren Vorgangsweise
6. Berichte und Allfälliges

Erledigung der Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung vom 20. September 2007

Die Niederschrift über die 27. Sitzung der Gemeindevertretung vom 20. September 2007, welche allen Gemeindevertretern/innen zeitgerecht zugegangen ist, wird unter Berücksichtigung nachstehender Korrekturen einstimmig genehmigt:

a) Seite 6, erster Absatz:

Bei der darauffolgenden Abstimmung sprechen sich die Anwesenden mit 16 : 6 Stimmen (Gegenstimmen: Ernst Stejskal, Ulrike Bitschnau, Florian Küng, Luzia Klinger, Josef Maier und Ing. Thomas Maier) **sowie einer Stimmenthaltung von Peter Schapler** für den Ankauf dieser beiden Liegenschaften unter nachstehenden Bedingungen aus:

Peter Schapler begründet seine Stimmenthaltung mit einer Befangenheit. Er stehe nämlich mit der Familie Bott in einem Verwandtschaftsverhältnis.

b) Seite 9, dritter Absatz:

Wie bereits von Bgm. Burkhard Wachter angedeutet, befürwortet auch Peter Schapler eine Intervention des Bürgermeisters bei Landeshauptmann Dr. Sausgruber. Peter Schapler äußert außerdem die Überlegung, im Ortsteil Vens noch eine Vielzahl von Unterschriften zu sammeln, um der Intervention noch mehr Nachdruck zu verleihen. Auch alle anderen Anwesenden, ausgenommen Mag. Beatrice Pfeifer, appellieren an den Bürgermeister, möglichst rasch bei Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber vorzusprechen und diesen um Unterstützung zu bitten. Nur wenn es „Hilfe und Unterstützung von höchster Stelle“ gebe, könne mit einer Lösung in absehbarer Zeit gerechnet werden. Mag. Beatrice Pfeifer gibt in diesem Zusammenhang zu verstehen, dass sie eine Intervention beim Landeshauptmann nicht befürworten könne, wenn das Ziel der Intervention in einem Abbruch der Brücke liege.

Die Gemeindevertreter Wolfgang Fussenegger, Rupert Platzer, Gerhard Flatz sowie die Ersatzleute Virginia Sudec, Gerhard Stampfer und Hubert Schreiber nehmen an der Abstimmung nicht teil, weil diese bei der Sitzung am 20. September 2007 nicht anwesend waren.

2. Maßnahmenkonzept für die Standeswaldungen: Übernahme eines Mitfinanzierungsbeitrages für das Jahr 2007

Das von der Forstverwaltung des Standes Montafon am 17. September 2007 an alle Forstfondsgemeinden ergangene Schreiben wird vom Bürgermeister verlesen. Diesem zufolge ersucht die Forstverwaltung unter Bezugnahme auf das umfassende Maßnahmenkonzept des Betriebsleiters und das dazu ausgearbeitete Konzept „Standeswald 2000“ alle Forstfondsgemeinden, gemeinsam einen Mitfinanzierungsbeitrag zur Finanzierung der diversen Bewirtschaftungsmaßnahmen in den Standeswaldungen in Höhe von gesamt 109.010,00 Euro zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls wird die Schutzwaldbewirtschaftung durch die Vorarlberger Illwerke AG und im Wege des Skipools durch die Montafoner Bergbahnen unterstützt. Die Aufteilung des Betrages erfolge unter Anwendung des Volkszählungsergebnisses. Diesem zufolge entfalle auf die Gemeinde Vandans ein Betrag von 17.526,00 Euro.

Bgm. Burkhard Wachter verweist in der Folge auf die gut funktionierende Zusammenarbeit mit dem Stand Montafon und plädiert dafür, dem vorliegenden Ansuchen, und zwar

wie in den vergangenen Jahren, wieder zu entsprechen.

Ernst Stejskal, DI Alois Kegele und auch Gerhard Flatz bringen in ihren Wortmeldungen zum Ausdruck, dass die im Schreiben vom 17. September 2007 angeführten Ausgabenpositionen ausführlicher erläutert werden sollten. Ernst Stejskal ersucht insbesondere um Abklärung, warum die „Produktion Hackschnitzel“ auch in der Haushaltsstelle „Holzaufarbeitung“ enthalten sei. Mit einem Betrag von 38.600,-- Euro seien diese in einer eigenen Haushaltsstelle ausgewiesen.

In seiner Antwort verspricht der Bürgermeister, die vorerwähnten Anregungen im Stand Montafon zu deponieren bzw. dort die entsprechenden Abklärungen vorzunehmen. Außerdem gibt der Vorsitzende in diesem Zusammenhang zu verstehen, dass auf der Homepage des Standes Montafon (www.stand-montafon.at) alles Wesentliche nachgelesen werden könne. Dort könne man in alle Niederschriften, in den Voranschlag, in den Rechnungsabschluss und in vieles andere Einsicht nehmen.

Josef Maier zeigt sich in seiner Wortmeldung verwundert, dass die Gemeindevertretung heute über einen Betrag von zirka 17.500,-- Euro zu beschließen habe. Im Zusammenhang mit dem Bau der „Silvretta Arena“ habe die Standesvertretung ohne Zustimmung der jeweiligen Gemeindevertretung Beschlüsse gefasst, die über dem Vielfachen dieses Betrages liege. Er verstehe nicht, dass einmal die Gemeindevertretung gefragt werde, ein anderes Mal im Kreise der Bürgermeister „selbstherrlich“ entschieden werde.

Im Wesentlichen, so der Bürgermeister in seiner Antwort, müsse zwischen dem „Stand Montafon-Forstfonds“ und dem „Gemeindeverband Stand Montafon“ unterschieden werden. Während der Stand Montafon-Forstfonds lediglich aus 8 Gemeinden bestehe, sei der „Gemeindeverband Stand Montafon“ aus 10 Gemeinden bestehend. Für den Stand Montafon-Forstfonds gebe es seit einigen Jahren neue Satzungen bzw. eine neue Geschäftsordnung, die auch die Kompetenzen der Standesvertretung klar regle. Im „Gemeindeverband Stand Montafon“ gebe es hingegen noch keine neuen Satzungen bzw. keine neue Geschäftsordnung, weil diese vor einigen Jahren am Veto der Gemeinden Gaschurn und Vandans gescheitert seien. Im Zusammenhang mit der Causa „Silvretta Arena“ prüfe nun aber jedenfalls die Kontrollabteilung des Landes, ob von den Bürgermeistern ihre Kompetenz überschritten worden sei oder nicht. Parallel dazu gebe es auch wieder konkrete Bemühungen, zeitgemäße Nutzungssatzungen in Kombination mit einer neuen Geschäftsordnung für die Standesvertretung in allen Gemeinden der Tal-schaft zu beschließen.

Josef Maier bringt in seiner Wortmeldung dann zum Ausdruck, dass mit Nachdruck an neuen, zeitgemäßen Satzungen für den „Gemeindeverband Stand Montafon“ gearbeitet werden sollte. Gerade die Diskussion um die „Silvretta Arena“ habe deutlich gemacht, wie wichtig solche wären. Insbesondere sollten so schnell wie möglich die Kompetenzen der Standesvertretung klar und unmissverständlich geregelt werden. Im Übrigen sei er persönlich davon überzeugt, dass das Projekt „Silvretta Arena“ bei weitem nicht solche Wellen geschlagen hätte, wenn dieses rechtzeitig in den Gemeindevertretungen diskutiert worden wäre.

Florentin Salzgeber ersucht um Auskunft, ob es für den „Gemeindeverband Stand Montafon“ und dem Stand Montafon-Forstfonds getrennte Gebärungen gebe.

In seiner Antwort gibt der Bürgermeister zu verstehen, dass es neben den zahlreichen Schulverbänden drei weitere Verbände, nämlich den Abwasserverband, den Stand Montafon-Forstfonds und den „Gemeindeverband Stand Montafon“ gebe. Jeder dieser Verbände entscheide selbständig und verfüge auch über ein eigenes Budget. Mit Ausnahme des „Gemeindeverbandes Stand Montafon“ gebe es für diese Verbände auch neue bzw. zeitgemäße Satzungen.

In der Folge sprechen sich alle Anwesenden für eine Annahme des vorliegenden Antrages aus und genehmigen die Übernahme eines Mitfinanzierungsbeitrages durch die Gemeinde Vandans für das Jahr 2007 in Höhe von 17.526,00 Euro.

Abschließend sichert der Bürgermeister zu, in der Verwaltung des Standes Montafon die von Ernst Stejskal aufgeworfene Frage „Produktion Hackschnitzel“ abzuklären. Wenn es dazu eine Antwort gebe, werde er in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung darüber berichten.

3. Stellungnahme zum Antrag einiger Anrainer der Dorfstraße um Erlass einer Tempobeschränkung

Der von einigen Anrainern der „Dorfstraße“ eingebrachte Antrag vom 10. August 2007 wird vom Bürgermeister verlesen. Im Wesentlichen gehe es den Antragstellern um die Festsetzung neuer Tempolimits in diesem Bereich der „Dorfstraße“ und zwar von 30 km/h für Lastkraftwagen und 40 km/h für Personenkraftwagen, Motorräder bzw. Mopeds. Begründet werde der Antrag insbesondere mit den Argumenten Lärmbelästigung, Sicherheit, erhöhte Feinstaubbelastung, vermehrten Straßenschäden durch den Schwerverkehr und Dorfleben/Tourismus.

In weiterer Folge informiert der Bürgermeister, dass es sich beim betreffenden Teilabschnitt der „Dorfstraße“ um eine Landesstraße (L83) handle. Die Änderung der Tempolimits falle damit nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde Vandans, sondern in jene der Bezirkshauptmannschaft Bludenz. Persönlich halte er einige Argumente der Antragsteller für nicht sehr gewichtig. Auch der Forderung nach unterschiedlichen Geschwindigkeitsbeschränkungen stehe er sehr skeptisch gegenüber. Letztlich dürfe ja nicht vergessen werden, dass es im übrigen Ortsgebiet von Vandans ein generelles Tempolimit von 40 km/h gebe. Nichts desto trotz müsse der vorliegende Antrag aber seriös und unvoreingenommen beraten bzw. diskutiert werden. Damit man zum vorliegenden Antrag überhaupt eine fundierte Stellungnahme abgeben könne, benötige man konkrete Zahlen hinsichtlich dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen, zu den Verkehrsspitzen, zu den gefahrenen Geschwindigkeiten und anderem mehr. Er plädiere deshalb dafür, beim Landespolizeikommando eine solche Messung zu beantragen. Von Vizebürgermeister Michael Zimmermann wisse er, dass es eine solche Messanlage gebe und diese auch angefordert werden könne.

Der Wortmeldung von Ernst Stejskal zufolge gibt es wenig Anlass, für diesen Teilbereich die Geschwindigkeit herabzusetzen. Die von den Antragstellern kritisierte Zulieferung zur Firma ELB - Form falle erstens nicht ins Gewicht und setze nicht früh morgens, sondern erst um zirka 7.00 Uhr ein. Außerdem erfolge die Anfahrt zu diesem Unternehmen vielfach direkt von der L 188 her, also nicht durch das Ortsgebiet von Vandans. Auch den anderen ins Treffen geführten Argumente der Antragsteller könne er wenig abgewinnen. Problematisch sei seiner Meinung nach lediglich der Zustand des Fahrbahnbelages. Eine Sanierung dieses Fahrbahnbelages bzw. die Neuaufbringung eines solchen würde ohne Zweifel entscheidend zu einer Lärminderung beitragen. Die vom Bürgermeister angeregte Messung von tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten, des aktuellen Verkehrsaufkommens und den täglichen Verkehrsspitzen könne er nur befürworten. Erst wenn genaue Daten vorliegen, könne die Gemeindevertretung eine seriöse Stellungnahme an die Bezirkshauptmannschaft abgeben.

Der Vollständigkeit halber, so wieder der Bürgermeister, müsse man wissen, dass sich die Gemeinde Vandans schon seit vielen Jahren für eine Sanierung des Fahrbahnbelages im gegenständlichen Teilbereich stark mache. Leider sei der Erfolg dieser Bemühungen eher bescheiden. Lediglich im Bereich zwischen der Werksküche Rodund und der Rellsbachbrücke habe es vor wenigen Jahren eine Erneuerung des Fahrbahnbelages gegeben.

Rupert Platzer schließt sich der Auffassung an, dass der schlechte Zustand des Fahrbahnbelages direkt mit den hohen Lärmbelastigungen zusammen hängt. Er plädiere deshalb ebenfalls für eine möglichst rasche Sanierung dieses Fahrbahnbelages. Eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im besagten Teilbereich auf 40 km/h könne er nur befürworten. Im gesamten Ort gebe es dann einheitlich eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h. Dies sei für jeden, egal ob ortskundig oder nicht, zu verstehen bzw. nachvollziehbar.

Auch Vbgm. Michael Zimmermann befürwortet in seiner Wortmeldung die Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in diesem Bereich auf 40 km/h. Eine einheitliche Höchstgeschwindigkeit, die im gesamten Ortsgebiet Gültigkeit habe, bringe viele Vorteile. Für die Antragsteller sei die Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit ohne Zweifel mit mehr Ruhe, also mehr Lebensqualität, verbunden. Die weniger hohe Abrollgeschwindigkeit sei in jedem Fall mit weniger Lärmentwicklung verbunden. Die Festsetzung unterschiedlicher Fahrgeschwindigkeiten bei Personenkraftwagen und Lastkraftwagen komme für ihn überhaupt nicht in Frage. Die diesbezüglichen Erfahrungen seien alles andere als positiv. In der Regel sei eine solche Regelung nur mit Verwirrung und Problemen verbunden. Den Bürgermeister habe er bereits vom Vorhandensein eines eigenen Messgerätes beim Landespolizeikommando für Vorarlberg informiert. Das besagte Gerät könne – eine entsprechende Anmeldung vorausgesetzt – dort jederzeit ausgeliehen werden. Alle Messungen bzw. Aufzeichnungen nehme das Gerät anonym auf. Das Ergebnis stelle sich also vollkommen neutral dar und könne nicht von außen beeinflusst werden. Er sei überzeugt davon, dass dem Messergebnis viele interessante und aufschlussreiche Informationen entnommen werden können.

Nebst DI Alois Kegele spricht sich auch Günter Fritz grundsätzlich gegen eine Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 40 km/h aus. Eine Landesstraße, so ihre Argumentation, könne nicht einer Gemeindestraße gleichgestellt werden. Mehr Erfolg verspreche man sich mit vermehrten Geschwindigkeitskontrollen einerseits und einer Sanierung des Fahrbahnbelages andererseits.

Josef Maier befürwortet in seiner Wortmeldung den Ankauf einer mobilen Geschwindigkeitsmessanlage. Wenn die Anschaffungskosten für eine einzelne Gemeinde zu hoch seien, solle sich der Stand Montafon eine solche überlegen. Faktum sei, dass jeder Verkehrsteilnehmer auf solch einen optischen Hinweis sofort reagiere. In vielen Gemeinden habe man mit einer solchen Maßnahme äußerst erfreuliche Erfahrungen gemacht. Auch er könne sich nicht für eine Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 40 km/h aussprechen.

Von Mag. Beatrice Pfeifer wird dazu eine andere Auffassung vertreten. Im besagten Teilbereich, also vom Ortszentrum bis zur Auenlatschbachbrücke, gebe es wirklich ein ungleich höheres Verkehrsaufkommen. Auch seien in diesem Bereich viele Fußgänger unterwegs. Für sie sei daher naheliegend, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit in diesem Bereich auf 40 km/h herabgesetzt werde. Mit der Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit werde dieser Teilbereich der Dorfstraße ihrer Meinung nach jedenfalls entscheidend „fußgängerfreundlicher“.

Ernst Stejskal bestätigt in seiner Wortmeldung, dass die zahlreichen Fußgängerübergänge nicht wenigen Autofahrern „ein Dorn im Auge“ seien. Immer wieder stelle er in dieser Hinsicht bei vielen Autofahrern eine diesbezügliche Rücksichtslosigkeit fest.

Florian Küng plädiert seinerseits für eine Beibehaltung der derzeit gültigen Höchstgeschwindigkeit. Das Herabsetzen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in diesem Bereich sei in diesem Falle eine unverhältnismäßige Maßnahme. Auf der Rodunder Straße, also von der Auenlatschbachbrücke einwärts, gebe es eine 60 km/h-Beschränkung, obwohl dieser Teil der Landesstraße größtenteils schmaler sei wie jener im Ortszentrum. Auch gebe es dort nur einseitig einen Gehsteig, hingegen im Ortszentrum sei ein solcher

beidseitig vorhanden. Seiner Meinung nach werde nicht mit gleichem Maß gemessen, wenn dem Begehren der Antragsteller entsprochen werden würde.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen grundsätzlicher Natur, sprechen sich alle Anwesenden für das Durchführen konkreter Messungen bzw. Zählungen aus. Erst wenn es exakte Kontrollergebnisse gebe, solle eine Stellungnahme zum vorliegenden Antrag abgegeben werden.

4. Verbaunungsprojekt 2006 – Rellsbach: Übernahme eines Interessentenbeitrages in Höhe von 13 %

In kurzen Zügen informiert der Vorsitzende über die wesentlichen Inhalte des vom Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung erarbeiteten Verbaunungsprojektes „Rellsbach – 2006“. Im Wesentlichen bestehe das gegenständliche Projekt aus wichtigen Ergänzungen beziehungsweise notwendigen Reparaturen an bereits bestehenden Schutzmaßnahmen. Alle geplanten Maßnahmen seien jedenfalls wichtig, um den Siedlungsraum längerfristig zu schützen und die rutschgefährdeten Einhänge des Rellsbaches zu stabilisieren. Die Projektkosten seien vom Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung auf 3,8 Millionen Euro geschätzt worden. Die Finanzierung dieser Kosten solle durch die nachstehenden Partner und zwar wie folgt erfolgen:

Bund	60 %
Land Vorarlberg	17 %
Gemeinde Vandans	13 %
Landstraßenverwaltung	10 %

Zum „Verbaunungsprojekt 1970“, so nochmals der Bürgermeister, habe die Gemeinde Vandans einen 15 %igen Interessentenbeitrag leisten müssen. Glücklicherweise habe man damals die Vorarlberger Illwerke AG dafür gewinnen können, sich am Interessentenanteil der Gemeinde mit 50 % zu beteiligen. Aus diesem Grunde habe er am 5. September 2007 ein entsprechendes Bittschreiben an die Vorarlberger Illwerke AG gerichtet, sich am Interessentenbeitrag der Gemeinde wieder im selben Ausmaß zu beteiligen.

In mehreren Wortmeldungen sprechen sich die Anwesenden dann für eine rasche Umsetzung des gegenständlichen Verbaunungsprojektes aus und befürworten die geplanten Maßnahmen. Ebenfalls einstimmig genehmigen die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung die Übernahme eines Interessentenbeitrages in Höhe von 13 % durch die Gemeinde Vandans sowie die Verpflichtung zur kostenlosen und lastenfreien Beistellung der von den gegenständlichen Baumaßnahmen betroffenen Grundstücke.

5. Gedeckte Brücke: Festlegung der weiteren Vorgangsweise

Am 5. Oktober 2007, so einleitend der Bürgermeister, habe er in dieser Angelegenheit ein Gespräch mit Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber geführt. An diesem Gespräch habe seitens des Landes auch der brückenbautechnische Amtssachverständige, nämlich DI Armin Wachter, teilgenommen. Im Wesentlichen habe sich der Landeshauptmann dafür ausgesprochen, dass das Projekt „gedeckte Brücke“ in den Planungsprozess „Neutrassierung der L 188“ einbezogen werde. Auch habe er ein Gespräch mit Frau MMag. Pieler vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zugesagt. In diesem solle insbesondere abgeklärt werden, ob die jetzige Brücke auch in 2 eigenständige Brückenhälften zerlegt und diese an getrennten Standorten wieder aufgebaut werden könne. Auch die finanzielle Beteiligung des Bundes solle dabei zur Sprache kommen.

In weiterer Folge plädiert dann der Bürgermeister dafür, das „Heft des Handelns“ selbst in die Hand zu nehmen. Seiner Meinung nach solle – sozusagen basierend auf dem seinerzeitigen Vorschlag von Bezirkshauptmann Dr. Leo Walser – geprüft werden, ob das Bundesdenkmalamt auch einer weitergehenden Variante zustimmen würde. Diese könnte sich wie folgt darstellen: Die Gemeinde Vandans trägt die jetzige Holzbrücke ab. An der selben Stelle wird eine neue Brücke in Beton erstellt, allerdings ohne Mittelpfeiler. Die neue Brücke solle aber so breit errichtet werden, dass sich auf dieser sowohl eine Fahrspur als auch ein Gehsteig realisieren lässt. In Anerkennung der alten „Holzbrückentradition“ errichte die Gemeinde Vandans auf dieser Betonbrücke dann eine Holzkonstruktion, die im Wesentlichen mit der jetzigen identisch sei. Vermutlich werde dabei das Dach etwas flacher ausfallen, weil die Brücke im Vergleich zum Bestand auch etwas breiter werden soll. Mit einer solchen Lösung könne man mehreren Forderungen gerecht werden. Einerseits trage man der Forderung des Landeswasserbauamtes, nämlich den Mittelpfeiler zu entfernen, Rechnung, andererseits erhalte man mit dem Unterbau in Beton eine erhaltungsgünstige Konstruktion. Und mit dem Holzaufbau, der im Wesentlichen mit dem jetzigen deckungsgleich sein soll, werde der bestehenden „Holzbrückentradition“ Rechnung getragen. Nach außen hin würde sich bald wieder eine Holzbrücke (samt Holzschindeleindeckung) präsentieren, die sich sehen lassen könne. Mit dem Unterbau in Beton sei auch sichergestellt, dass es für die Anrainer keine unzumutbaren Lärmbelastigungen mehr gebe. Seiner Meinung nach, so abschließend der Vorsitzende, könne eine solche Überlegung vom Bundesdenkmalamt und auch von anderen Dienststellen, einschließlich der Gemeinde St. Anton, nur schwer abgelehnt werden. Mit etwas gutem Willen von allen Seiten könnte eine solche Lösung schon bald realisiert werden. Dass nämlich die Geduld der Bevölkerung im Ortsteil Vens jetzt allmählich am Ende sei, könne er durchaus verstehen. Von der Gemeinde St. Anton erwarte er sich eine finanzielle Beteiligung, die dem Ausmaß der tatsächlichen Mitbenützung entspreche. Im selben Ausmaß solle dann allerdings auch das Mitspracherecht der Gemeinde St. Anton in dieser Frage ausfallen.

DI Alois Kegele begrüßt in seiner Wortmeldung diese neue Überlegung. Seiner Meinung nach solle aber jedenfalls versucht werden, für die Planung der neuen Brücke die dafür zuständige Fachabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung zu gewinnen. Damit könne sichergestellt werden, dass die Anbindung dieser Gemeindestraße an die neue Landesstraße L 188 entsprechend berücksichtigt werde. Eine spontane Zustimmung vom Bundesdenkmalamt und der Gemeinde St. Anton zu dieser neuen Variante erwarte er sich allerdings nicht.

Mag. Beatrice Pfeifer äußert die Überlegung, die neue Brücke im Rahmen eines Schulprojektes von der HTL in Krems oder einer ähnlichen Einrichtung planen zu lassen. Einerseits könne man sich damit hohe Planungskosten einsparen. Andererseits sei damit sichergestellt, dass die Brücke entsprechend den neuesten Erkenntnissen zur Ausführung gelange.

Bgm. Wachter macht in seiner Antwort deutlich, dass jedenfalls die Straßen- und Brückenplanungsabteilung des Landes in die Projektierung miteinbezogen werden müsse. Auch das Landeswasserbauamt müsse von Anfang an in die Planung involviert sein. Seiner Meinung nach spreche deshalb viel dafür, die Planung nicht an eine Einrichtung außerhalb des Landes zu vergeben. Für das Planen einer möglichst originalgetreuen Nachbildung, jedenfalls was das Erscheinungsbild betreffe, brauche es gefühlsmäßig nicht unbedingt Fachleute außerhalb des Landes.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, plädieren alle Anwesenden für ein möglichst rasches Umsetzen dieser neuen Variante. Insbesondere solle diese neue Variante möglichst schnell mit dem Bundesdenkmalamt, dem Amt der Vorarlberger Landesregierung, dem Landeswasserbauamt sowie der Gemeinde St. Anton abgesprochen werden. Über die Vergabe einer Planung bzw. Ausschreibung solle jedenfalls erst dann entschieden werden, wenn es „grünes Licht“ von allen Seiten gebe.

6. Berichte und Allfälliges

Der Bürgermeister berichtet, dass

- sich Mag. Eva-Maria Hochhauser zur Zeit in Frankreich aufhalte. Bis zu ihrer Rückkehr könne sie verständlicherweise an den Sitzungen der Gemeindevertretung nicht teilnehmen. Bis auf weiteres sei sie daher entschuldigt.
- am 04. Oktober 2007 der diesjährige Seniorenausflug stattgefunden habe. Erstmals sei man den Ausflug mit 4 Bussen gefahren. Mit 139 Teilnehmern habe es nämlich eine Rekordbeteiligung gegeben. Von zahlreichen Teilnehmern sei er ersucht worden, der Gemeindevertretung für die Genehmigung dieses alljährlichen Ausfluges einen herzlichen Dank auszusprechen.
- sich die Erbegemeinschaft Bott nunmehr dafür entschieden habe, ihre beiden Grundstücke in der Parzelle „Agath“ an die beiden Landwirte Martin Melmer und Oskar Neher zu verkaufen. Das in der vergangenen Sitzung beschlossene Kaufangebot der Gemeinde Vandans sei daher hinfällig.
- es nach wie vor keine verbindliche Antwort gebe, ob die Gemeinde Vandans bei Einführung eines Ortsbusses zusätzliche Fördermittel des Bundes aus dem Klima-Energie-Fonds erhalte oder nicht. Noch immer sei vom zuständigen Ministerium die Antwort ausständig, wann, wie viel und wer Zugang zu den zusätzlichen Fördermitteln haben wird. Solange es hinsichtlich der diversen Förderungen keine verbindlichen Zusagen gebe, könne das Projekt „Ortsbus Vandans“ nicht weiter vorangetrieben werden.
- sich der UTC Vandans mit Schreiben vom 10. Oktober 2007 nochmals für die Unterstützung in der Vergangenheit bedankt und mit einer Pressemappe über den Aufstieg in die österreichische Superliga (= höchste Spielklasse in Österreich) informiert habe.
- er zusammen mit Gemeindegassier Wolfgang Brunold schon intensiv am Vorschlag für das Jahr 2008 arbeite. Weil es noch eine Vielzahl von offenen Fragen gebe, wolle er demnächst mit den Kolleginnen und Kollegen der Gemeindevertretung bzw. allen Ersatzleuten in Klausur gehen. Er bitte deshalb schon heute, für diese Klausur den 10. November 2007 (vormittags) freizuhalten.
- von der PKF hotelexperts GmbH, Wien, nunmehr eine Stellungnahme zur Eignung eines Standortes in Vandans für die Entwicklung eines Hotelprojektes vorliegend sei. Während sich der eine Standort, nämlich jener an der Bahnhofstraße, für die Errichtung eines Hotels aufgrund der vorbeiführenden Hochspannungsleitungen überhaupt nicht eigne, sei das andere Projektareal für ein Hotel der mittleren Kategorie als geeignet beurteilt worden. Wenn es gewünscht werde, stelle er die beiden Studien jedem Interessierten gerne zur Verfügung.

Unter Punkt „**Allfälliges**“ ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Florentin Salzgeber: Bei der Montafonerbahn AG hat es heute in der Gemeinde St. Anton eine Spatenstichfeier gegeben. Welche Maßnahmen sollen dort konkret zur Ausföhrung gelangen?

Antwort des Bürgermeisters: Vom ehemaligen Gipswerk Breuss bis zur so genannten Almakreuzung sollen die Gleis-Radien verändert werden. Gleichzeitig soll teilweise die Bahntrasse um einige Meter zur Ill hin verlegt werden. Mit den diesbezüglichen Bauarbeiten soll dem Vernehmen nach unverzüglich begonnen werden. Die Fertigstellung der

Ausbauarbeiten sei im kommenden Frühjahr geplant.

Ernst Stejskal: Wie vom Bürgermeister bereits berichtet worden ist, gibt es seit kurzer Zeit wieder einen handlungsfähigen Gestaltungsbeirat. Am vergangenen Freitag hat es bereits eine erste Sitzung dieses neuen Gestaltungsbeirates gegeben. Gegenstand der Beratungen war unter anderem die Erarbeitung von „verbindlichen Baurichtlinien“ für die Gemeinde Vandans. Mit etwas Glück können diese in der übernächsten Sitzung der Gemeindevertretung bereits zur Beschlussfassung kommen.

Antwort des Bürgermeisters: Ich bin sehr froh, dass sich der neue Gestaltungsbeirat bereits in seiner ersten Sitzung den längst überfälligen „Baurichtlinien“ angenommen hat. Ob diese bereits in der übernächsten Sitzung zur Beschlussfassung kommen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Wichtig ist, dass der Gestaltungsbeirat in dieser Angelegenheit „am Ball bleibt“ und diese Baurichtlinien so schnell wie möglich der Gemeindevertretung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Günter Fritz: Meiner Meinung nach sind die beiden Bauschutt-Container auf der Abfallsammelstelle „Gafadura“ falsch situiert. Selber habe ich schon mehrmals mitverfolgt, dass der angelieferte Bauschutt von Hand in die dafür vorgesehenen Container umgeladen werden musste, weil es keine Zufahrtsrampe zu den beiden Containern gibt.

Antwort des Bürgermeisters: Mir ist bekannt, dass die Situierung dieser beiden Bauschuttcontainer nicht optimal ist. Warum diese aber tatsächlich an der jetzigen Stelle situiert worden sind, kann ich aus dem Stehgreif nicht sagen. Ich werde mich aber informieren und mich dafür einsetzen, dass diese an anderer Stelle, wo mittels Rampe zugefahren werden kann, zur Aufstellung kommen.

Gerhard Stampfer: Von der Gemeindevertretung ist heute eine Mitfinanzierung beschlossen worden, die das Verbauungsprojekt „Rellsbach – 2006“ betrifft. Alle im Projekt zur Realisierung beabsichtigten Maßnahmen werden ohne Zweifel ihre Richtigkeit haben. Persönlich liegt mir aber sehr am Herzen, dass auch die vielen Bachgerinne „holzfrei“ gehalten werden. Die besten Verbauungsmaßnahmen werden nämlich nichts nützen, wenn es durch das viele Holz in den Bachgerinnen zu Verklausungen kommt.

Antwort des Bürgermeisters: Meiner Meinung nach hat sich seit dem „Pfingst-Unwetter“ im Jahre 1999 die bis dorthin gültige Praxis stark geändert. Im Einvernehmen mit dem Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung wird der Holzfrehaltung in den Bachläufen großes Augenmerk geschenkt. Im Wesentlichen bin ich der selben Auffassung. Bei großem Wasseranfall ist wichtig, dass dieses ungehindert abfließen kann. Die Holzfrehaltung der Gerinne ist daher mehr als ein Gebot der Stunde.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, dankt der Bürgermeister allen für ihr Kommen sowie die sachliche und konstruktive Mitarbeit und schließt um 21.50 Uhr die Sitzung.

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Eveline Breuß

Der Vorsitzende:

Burkhard Wachter, Bgm.